

Die "Freiheit" erscheint morgens um nachmittags, Sonntags und Montags aus dem Verlagsbüro...

Die schlagfertige Kompromisspolitik über dem Namen kostet 3.- M. einschließlich...

Die Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

London vor der französischen Kammer

Paris, 15. März. In der heutigen Kammeritzung wurde trotz des Antrages des Ministerpräsidenten Briand...

Als erster Interpellant sprach Abg. Henessy, der eine Reihe von Fragen stellte. In welcher Situation, so fragte er, befinden wir uns?

Ministerpräsident Briand erklärte, in London habe Reichsminister Simons einen derartigen Vorschlag gemacht, aber nur sehr unbestimmt.

Abgeordneter Henessy legte dar, was mag wahr sein. Aber wir und die Alliierten konnten doch Wünsche über die Bezahlungsart formulieren.

Abgeordneter Trepsel, unterstützt von drei anderen Abgeordneten aus den Norddepartements, warf dazwischen, in den verwalteten Gebieten sei alle Welt der Verwendung deutscher Arbeiter feindselig gesinnt.

Henessys weitere Ausführungen wurden oft unterbrochen; er konnte sich nur mühsam Gehör verschaffen. Zum Schluss sagte er: Wenn die Alliierten die Zahlungen in Natura ablehnen...

Kammerpräsident Beret protestierte, indem er sagte, die Kammer habe einstimmig einen Gelegenheitswurf angenommen, in dem zum Ausdruck komme, daß Poincaré sich um das Vaterland verdient gemacht habe.

Nach dem Abgeordneten Cahin ergriff Abgeordneter Dutreil von der Partei Krato das Wort. In Paris und London habe man viel von Reparationen, aber weniger von der Entwaffnung Deutschlands gesprochen.

Der sozialistische Abgeordnete Turiol erklärte alsdann, der Grundsatz der Reparationen, wie er in den Vertrag aufgenommen sei, sei gerecht und möglich.

Wel die internationale finanzielle Solidarität. Gewiß seien die deutschen Vorschläge in London lächerlich (1) gewesen, aber auf der Seite der Alliierten hätte man vor dem Dilemma gestanden...

Abg. Turiol fuhr fort: Auf alle Fälle bekennt der bewaffnete Friede mit den Gewalttätigen angesichts der Paßkontrolle wieder. Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt. Wo ist das Ende, etwa im Ruhrgebiet?

Ministerpräsident Briand rief dazwischen, er werde im Einzelnen darauf noch antworten.

Abg. Turiol sagte weiter, das englische Gesetz über diese Maßnahme sei einfach zum Schutz des englischen Handels bestimmt, damit deutsche Erzeugnisse nicht nach England kommen könnten.

Nach seiner Rede wurde die Debatte vertagt.

Die belgische Partei und die Londoner Beschlüsse

Die Verweigerung der zweiten Internationale Brüssel, 15. März. Nach lebhafter Debatte billigte der Generalkongress der sozialistischen Partei mit harter Mehrheit die Haltung der belgischen Delegierten bei der Londoner Konferenz.

Dieser Beschluß kommt nach dem Vorhergegangenen nicht mehr überraschend. Die belgische sozialistische Partei stellt sich, unter dem verderblichen Einfluß des Ministerialismus und der Koalitionspolitik...

Interessant wird nun sein, was die sogenannte 2. Internationale und die ihr angeschlossenen Parteien, namentlich was die englische Arbeiterpartei, die bisher die Hoffnung aufrecht erhalten hatte...

Die deutsche Friedensfabrik

Am 7. September 1917 wurde mir in meiner Wohnung in Bern ein Besucher gemeldet, dessen Karte den Namen einer bekannten englischen Adelsfamilie trug.

Herr D. setzte zunächst auseinander, weshalb die alliierten Regierungen nicht auf Friedensangebote, von welcher Seite sie auch kommen möchten, im gegenwärtigen Stadium des Krieges einzugehen in der Lage wären.

Kurz gesagt, waren die Beweggründe und Ansichten von Downing Street damals die folgenden:

- a) Der Krieg könne noch lange dauern und würde in diesem Falle auch die alliierten Staaten, deren Sieg im übrigen zweifellos sei, finanziell und wirtschaftlich auf schwerste schädigen. b) Die Vereinigten Staaten würden die Rolle des lachenden Dritten, namentlich zum Schaden des englischen Handels, übernehmen. c) Die russische Republik würde vermutlich nur eine Episode bleiben...

Man glaube in englischen Regierungskreisen, daß Deutschlands Staatsmänner und Militärs Einsicht genug befäßen, um zu erkennen, daß an einen Siegfrieden für Deutschland und seine Verbündeten nicht mehr zu denken sei...

- 1. Endgültiger Verzicht Deutschlands auf den Versuch, die naval supremacy (Vorherrschaft auf dem Meere) an sich zu reißen, Marine-Abkommen, wie solches von Baidane J. vorgeschlagen wurde. 2. Die in Belgien verursachten Kriegskosten und Kriegsschäden übernimmt Deutschland allein. 3. Die in Frankreich verursachten Kriegsschäden trägt Deutschland. 4. Im übrigen trägt jedes Land seine eigenen Kriegskosten. 5. Elsaß-Lothringen erhält die Autonomie. Nach 5 Jahren findet eine Volksabstimmung statt, an welcher sich alle im Lande geborenen, von Elsaß-Lothringischen Eltern stammenden Personen, beiderlei Geschlechts, über 20 Jahre alt, beteiligen dürfen. Im Falle sich das Plebiszit für Anschluß an Frankreich entscheidet, wird Deutschland von letzterem auf kolonialem Gebiet entschädigt. 6. Handelsverträge unter den bisher kriegführenden Staaten nach dem Prinzip der Meistbegünstigung. 7. Völkerbund unter den bisher kriegführenden Staaten, zu dessen Beitritt die neutralen Staaten aufgefordert werden. Reduzierung der stehenden Heere auf ein halbes Prozent der Bevölkerung. 8. Obligatorisches Schiedsgericht. Zum Völkerbund gehörende Staaten, welche sich dem Spruche des Schiedsgerichts nicht fügen, werden sofort mit Abbruch aller Beziehungen, sowohl der diplomatischen als der wirtschaftlichen, bestraft.





